



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Bundesamt für Justiz BJ
Direktionsbereich Internationale Rechtshilfe

P.P. CH-3003 Bern

POST CH AG

BJ; bj-foj

A-Post

An die zuständigen Schweizer Behörden
im Bereich nationales Sharing

Unser Zeichen: bj-foj

Bern, 9. Dezember 2020

Rundschreiben Nr. 7: Nationales Sharing

Sehr geehrte Damen und Herren

Das Bundesamt für Justiz (BJ) ist zuständig für die Führung von internationalen und nationalen Teilungsverfahren von eingezogenen Vermögenswerten in Anwendung des Bundesgesetzes über die Teilung eingezogener Vermögenswerte vom 19. März 2004 (TEVG, SR 312.4). In dieser Eigenschaft möchte das BJ mit vorliegendem Rundschreiben die zuständigen Behörden der Kantone und des Bundes über die anwendbare Rechtsgrundlage und das durchzuführende Verfahren informieren.

1. Ausgangslage

Zweck des Bundesgesetzes über die Teilung eingezogener Vermögenswerte (SR 312.4; TEVG) ist eine gerechte Entschädigung der am Strafverfahren beteiligten Gemeinwesen für deren Aufwendungen im Strafverfahren und in der Strafvollstreckung. Dadurch sollen ein Ausgleich unter den am Strafverfahren beteiligten Gemeinwesen bewirkt und Interessenkonflikte vermieden werden.

Das TEVG schafft einerseits die gesetzliche Grundlage für die Teilung von eingezogenen Vermögenswerten mit ausländischen Staaten (internationales Sharing), und regelt andererseits die Teilung der Vermögenswerte unter den Kantonen und dem Bund (nationales Sharing). Der Teilung unterliegen diejenigen Vermögenswerte, die als unrechtmässige Vermögenswerte in Anwendung von Bundesstrafrecht eingezogen wurden sowie Ersatzforderungen, die an deren Stelle treten. Aber auch Gegenstände, sowie Zinsen und andere Erträge aus den Vermögenswerten, welche von der Beschlagnahme an bis zum Zeitpunkt des Teilungsentscheids aufgelaufen sind, fallen darunter.

Bundesamt für Justiz BJ
Laurence Fontana Jungo, Rechtsanwältin
Bundesrain 20, 3003 Bern
Tel. +41 58 469 07 78, Fax +41 58 462 53 80
laurence.fontanajungo@bj.admin.ch
www.bj.admin.ch



BJ-D-993E3401/75

Beim nationalen Sharing können die zu teilenden Vermögenswerte sowohl aus einem vorangegangenen internationalen Sharing als auch aus einem rein schweizerischen Einziehungsurteil ohne vorangegangenen Auslandsbezug resultieren.

2. Information an das BJ

Art. 6 Abs. 1 TEVG sieht vor, dass die einziehenden kantonalen oder eidgenössischen Behörden dem BJ die Entscheide über die Einziehung von Vermögenswerten über CHF 100'000.00 innerhalb von zehn Tagen nach Eintritt der Rechtskraft mitzuteilen haben. Bezieht sich die Einziehung auf eine bewegliche oder unbewegliche Sache, haben die zuständigen Behörden der Kantone oder des Bundes den Wert der eingezogenen Sache zu schätzen. Ergibt die Schätzung, dass der Bruttoerlös offensichtlich weniger als CHF 100'000.00 beträgt, kann die Mitteilung des Einziehungsentscheides unterbleiben. Im Zweifelsfall empfiehlt unser Amt, den Entscheid dem BJ zur Abklärung zukommen zu lassen.

Nach Art. 6 Abs. 2 TEVG sind dem BJ vom Gemeinwesen, welches die Einziehung verfügt hat, innert einer gesetzten Frist – in der Praxis ist dies ein Monat nach Eröffnung des Teilungsverfahrens – die für den Teilungsentscheid notwendigen Angaben betreffend abziehbare Kosten (Art. 4 Abs. 1 TEVG) sowie allfällige Verwendungen zu Gunsten Geschädigter (Art. 4 Abs. 2) einzureichen. Das BJ benötigt ebenfalls Informationen zu den Gemeinwesen, die voraussichtlich Anspruch auf einen Anteil an den eingezogenen Vermögenswerten haben (z. B. rei sitae Kantone, also dort wo die Vermögenswerte tatsächlich gelegen sind).

In einem weiteren Schritt sind dem BJ die eingezogenen Vermögenswerte auszuhändigen. Das BJ weist das Gemeinwesen, welches die Vermögenswerte eingezogen hat, gemäss Art. 6 Abs. 3 TEVG an, wie ihm diese zur Verfügung zu stellen sind. In der Praxis erfolgt diese Anweisung zur Geldüberweisung mit dem gleichen Schreiben, mit welchem das BJ alle beteiligten Gemeinwesen über die Eröffnung des Teilungsverfahrens informiert.

Wichtig ist für das BJ die Information, ob im Rahmen des Straf- und Einziehungsverfahrens Rechtshilfe von ausländischen Staaten geleistet worden ist und ob diese für die ausgesprochene Einziehung entscheidend gewesen ist. Falls mit dem ausländischen Staat das Thema Sharing bereits angesprochen worden sein, ist dies dem BJ ebenfalls mitzuteilen.

Es ist durchaus sinnvoll, alle diese Informationen dem BJ bereits von Anfang an bei der Übermittlung des Entscheides mitzuteilen.

3. Voraussetzungen und Ablauf eines nationalen Sharings

Voraussetzung für die Durchführung eines nationalen Teilungsverfahrens ist die Einziehung von Vermögenswerten durch eine Schweizer Behörde gestützt auf Bundesstrafrecht oder durch eine ausländische Behörde gestützt auf deren Recht. Ein nationales Sharing, ohne vorgängiges internationales Sharing, ist nach Art. 3 TEVG einzuleiten, wenn der Bruttobetrag der eingezogenen Vermögenswerte mindestens CHF 100'000.00 beträgt. Findet das nationale Sharing dagegen nach einer internationalen Teilung statt, sieht das TEVG keinen Mindestbetrag vor. In diesen Fällen werden somit auch nationale Teilungsverfahren für eingezogene Vermögenswerte unter CHF 100'000.00 durchgeführt.

Nach Übermittlung des Einziehungsentscheids resp. dem Abschluss einer internationalen Teilungsvereinbarung prüft das BJ die Voraussetzungen für ein nationales Sharing. Das BJ eröffnet den beteiligten Kantonen oder eidgenössischen Bundesbehörden schriftlich das Verfahren

und weist sie an, eingezogene Vermögenswerte dem Bund zu überweisen, sofern sie sich nicht bereits beim BJ befinden (Art. 6 Abs. 3 TEVG). Gleichzeitig gibt das BJ den beteiligten Gemeinwesen die Gelegenheit die Kosten, welche dem Sharing zu Grunde liegenden Strafverfahren entstammen, anzugeben (Art. 4 TEVG). Solche Kosten sind nach TEVG abziehbar, sofern sie voraussichtlich nicht einbringlich sind. Der somit entstandene Nettobetrag wird nach einem bestimmten Schlüssel gemäss Art. 5 TEVG unter den beteiligten Gemeinwesen aufgeteilt. Das BJ erstellt daraufhin einen Entwurf einer Teilungsverfügung und lässt diesen den beteiligten Gemeinwesen zur Stellungnahme zukommen (Art. 6 Abs. 4 TEVG). Das BJ erlässt schliesslich die definitive Teilungsverfügung mit Angabe der Beträge, die den beteiligten Kantonen und dem Bund zustehen (Art. 6 Abs. 6 TEVG). Diese Teilungsverfügung ist mit Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht anfechtbar (Art. 7 TEVG).

Es ist hierzu anzumerken, dass die aus dem nationalen Sharing dem Bund zukommenden Vermögenswerte der allgemeinen Staatskasse zugutekommen. Das TEVG sieht explizit keine Zweckbindung eingezogener Vermögenswerte vor. Die Gemeinwesen entscheiden frei über diese Gelder.

Sollten Sie bei der Abwicklung von konkreten Teilungsverfahren oder generell Bedarf haben, zu diesem Thema mehr Informationen zu erhalten, ist das BJ gerne bereit, Sie hierbei zu unterstützen.

Im Anhang zu diesem Schreiben finden Sie ein Formular mit Erläuterungen zu den abziehbaren Kosten, welches als Hilfestellung dienen kann.

Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung in den letzten Jahren und freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit im Ihnen.

Freundliche Grüsse



Laurence Fontana Jungo

Vizedirektorin

Beilage erwähnt



**Teilung eingezogener Vermögenswerte nach Massgabe des Bundesgesetzes
vom 19. März 2004 über die Teilung von Vermögenswerten (TEVG)**

In Sachen (NAME, Vorname) / unser Zeichen / Ihr Zeichen

1. Bruttobetrag

inkl. Währungsangabe

- Betrag eingezogener Vermögenswerte im Kanton:

- Ersatzforderung: o erhältlich gemacht in der Höhe von:
 o nicht erhältlich gemacht.

2. Abziehbare Kosten – uneinbringliche Kosten nach Art. 4 TEVG in CHF auszufüllen:

Hinweis: Gerichtskosten sind *nicht* abziehbar.

a) Barauslagen

Aufwendungen für notwendige Untersuchungshandlungen (*Staatsanwaltschaft*)

Übersetzung

Vorführung

Gutachten

Ausführung von Rechtshilfeersuchen

Telefonüberwachungen

Entschädigung für amtliche Verteidigung

andere Aufwendungen im Rahmen der Beweiserhebung

etc.

.....

b) Untersuchungshaft

c) Zwei Drittel der voraussichtlichen Kosten für
den Vollzug von unbedingten Freiheitsstrafen

d) Verwaltung eingezogener Vermögenswerte

e) Verwertung eingezogener Vermögenswerte oder
Kosten für die Eintreibung von Ersatzforderungen

f) Zuwendungen an Geschädigte

3. Bemerkungen:

Ort / Datum

Kontakt für Rückfragen
(in Blockschrift, inkl. Telefonnummer)

Teilung eingezogener Vermögenswerte nach Massgabe des Bundesgesetzes vom 19. März 2004 über die Teilung von Vermögenswerten (TEVG)

Der **Bruttobetrag** der eingezogenen Vermögenswerte soll jeweils als Summe pro Kanton oder Bundesbehörde der eingezogenen einzelnen Vermögenswerte angegeben werden. Nach Art. 3 TEVG wird ein Teilungsverfahren eingeleitet, sofern die eingezogenen Vermögenswerte brutto bei einem oder mehreren Gemeinwesen mindestens CHF 100 000 betragen.

Gerichtskosten dürfen nach Art. 4 TEVG nicht in Abzug gebracht werden, da sie schematisch und nach kantonal unterschiedlichen Kriterien festgelegt werden (vgl. Botschaft vom 24. Oktober 2001 betreffend TEVG, BBI 2002 463 Ziff. 2.2.1.2.2; BGE 135 IV 162).

Fixkosten wie Löhne von Polizeibeamten und Gehälter der Amtspersonen, die am Einziehungsverfahren beteiligt gewesen sind, dürfen nach Art. 4 TEVG ebenfalls nicht abgezogen werden (vgl. Botschaft vom 24. Oktober 2001 betreffend TEVG, BBI 2002 463 Ziff. 2.2.1.2.2; BGE 135 IV 162).

Barauslagen sind namentlich Kosten für die Übersetzung, Vorführung, Gutachten, Ausführung von Rechtshilfeersuchen, Telefonüberwachungen sowie für die amtliche Verteidigung und andere Aufwendungen im Rahmen der Beweiserhebung (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. a TEVG; BBI 2002 463, Ziff. 2.2.1.2.2).

Untersuchungshaft umfasst Kosten für die Untersuchungshaft im eigentlichen Sinn: Die Sicherungshaft, die Auslieferungshaft und die Einweisung in eine Heil- oder Pflegeanstalt zur Begutachtung (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. b TEVG; BBI 2002 463, Ziff. 2.2.1.2.2).

Zwei Drittel der voraussichtlichen Kosten für den Vollzug von unbedingten Freiheitsstrafen. Nicht abziehbar sind Kosten, die durch den Widerruf des bedingten Strafvollzuges entstehen sowie Kosten für den Massnahmenvollzug (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. c TEVG; BBI 2002 463, Ziff. 2.2.1.2.2).

Kosten für die Verwaltung der eingezogenen Vermögenswerte, wie zum Beispiel Bankgebühren und die Unterhaltskosten eines Gebäudes (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. d TEVG; BBI 2002 463, Ziff. 2.2.1.2.2).

Kosten für die Verwertung der eingezogenen Vermögenswerte und die Eintreibung von Ersatzforderungen, wie bspw. Gutachterhonorar (für Schätzungen), Kosten für die Versteigerung, den freihändigen Verkauf oder für die Schuldbetreibung (vgl. Art. 4 Abs. 1 lit. e TEVG; BBI 2002 463, Ziff. 2.2.1.2.2).

Zuwendungen für Geschädigte sind diejenigen Vermögenswerte, welche den Geschädigten in Anwendung von Art. 73 StGB zugesprochen wurden (Art. 4 Abs. 2 TEVG; BBI 2002 464, Ziff. 2.2.1.2.3).



P.P. CH-3003 Berne

POST CH AG

OFJ; bj-foj

Courrier A

Aux autorités suisses compétentes dans le
domaine du sharing national

Notre référence : bj-foj

Berne, le 9 décembre 2020

Circulaire n° 7 : Sharing national

Mesdames, Messieurs,

L'Office fédéral de la justice (OFJ) assure le partage de valeurs patrimoniales confisquées avec d'autres États et entre autorités suisses en application de la loi fédérale du 19 mars 2004 sur le partage des valeurs patrimoniales confisquées (LVPC, RS 312.4). Il souhaite donc informer les autorités compétentes des cantons et de la Confédération des bases légales et de la procédure applicable.

1. Contexte

La LVPC vise une indemnisation équitable des collectivités intervenant dans une procédure pénale pour leurs dépenses dans le cadre de la procédure elle-même et dans le cadre de l'exécution des peines. Il s'agit de la sorte de parvenir entre elles à une certaine compensation et d'éviter les conflits d'intérêts.

La LVPC constitue d'une part la base légale pour le partage de valeurs patrimoniales confisquées avec d'autres États (sharing international) et règle d'autre part le partage entre les cantons et la Confédération (sharing national). Elle s'applique aux valeurs patrimoniales qui sont confisquées en vertu du droit fédéral du fait qu'elles ont été obtenues illicitement et ainsi qu'aux créances compensatrices de l'Etat lorsque les valeurs patrimoniales à confisquer ne sont plus disponibles. Les objets confisqués de même que les intérêts ou autres produits de valeurs patrimoniales accumulés entre la confiscation et la décision de partage sont également concernés par le partage.

Office fédéral de la justice OFJ
Laurence Fontana Jungo, avocate
Bundesrain 20, 3003 Berne
Tél. +41 58 469 07 78, Fax +41 58 462 53 80
laurence.fontanajungo@bj.admin.ch
www.ofj.admin.ch



Les valeurs patrimoniales à partager lors d'un sharing national peuvent découler d'un sharing international. Le sharing national peut cependant également faire suite à une décision de confiscation prononcée en Suisse sans lien avec l'étranger.

2. Informations à fournir à l'OFJ

L'art. 6, al. 1, LVPC dispose que les autorités cantonales ou fédérales communiquent à l'OFJ dans un délai de dix jours les décisions définitives de confiscation portant sur des valeurs patrimoniales d'un montant de 100 000 francs ou plus. Si la confiscation a pour objet un bien meuble ou immeuble, les autorités compétentes des cantons ou de la Confédération doivent en estimer la valeur et, si elle est manifestement inférieure à 100 000 francs, elles peuvent renoncer à communiquer la décision de confiscation à l'OFJ. Dans le doute, il est recommandé de faire parvenir la décision à l'OFJ pour qu'il se prononce.

Conformément à l'art. 6, al. 2, LVPC, l'autorité qui a prononcé la confiscation doit fournir à l'OFJ dans le délai qu'il lui impartit, c'est-à-dire dans un délai d'un mois à compter de l'ouverture de la procédure de partage, les indications nécessaires au partage, notamment les frais à déduire (art. 4, al. 1, LVPC) et les éventuelles allocations aux lésés (art. 4, al. 2, LVPC). Elle lui indique également quelles collectivités feront valoir leurs prétentions à une partie des valeurs patrimoniales confisquées (par ex. les cantons où se trouvent lesdites valeurs).

L'autorité qui a prononcé la décision de confiscation doit ensuite remettre les valeurs à l'OFJ. L'office lui donne des instructions pour la mise à disposition desdites valeurs (art. 6, al. 3, LVPC), dans le même courrier que celui dans lequel il informe toutes les collectivités concernées de l'ouverture de la procédure de partage.

Il importe que l'OFJ sache si des États étrangers ont fourni des prestations d'entraide judiciaire dans le cadre de la procédure pénale et de la procédure de confiscation et si ces prestations se sont avérées déterminantes pour l'aboutissement de la confiscation. L'OFJ doit également être informé lorsque la question du partage a déjà été abordée avec un État étranger.

Il est utile de fournir ces informations à l'OFJ dès la communication de la décision de confiscation.

3. Conditions et déroulement d'un sharing national

Pour qu'un sharing national puisse avoir lieu, il faut qu'une autorité suisse ait prononcé la confiscation des valeurs patrimoniales en se fondant sur le droit fédéral ou qu'une autorité étrangère ait pris une telle décision en se fondant sur son droit national. Conformément à l'art. 3 LVPC, il faut, en l'absence de sharing international préalable, ouvrir une procédure de sharing national lorsque les valeurs patrimoniales confisquées ont un montant de 100 000 francs ou plus. La LVPC ne prévoit par contre pas de montant minimal lorsque le sharing national fait suite à un sharing international (dans ce cas, le sharing national peut porter sur des montants inférieurs à 100 000 francs).

Après avoir reçu la décision de confiscation ou avoir conclu un accord de partage avec des autorités étrangères, l'OFJ vérifie si les conditions d'un sharing national sont remplies. L'OFJ informe les cantons ou autorités fédérales de l'ouverture de la procédure par écrit et leur donne les instructions pour la mise à sa disposition des valeurs patrimoniales confisquées si ces valeurs ne sont pas déjà en sa possession (art. 6, al. 3, LVPC). Il donne aux collectivités concernées la possibilité d'indiquer et de déduire les frais liés à la procédure pénale qui conduit au

partage s'il est à prévoir que ceux-ci ne seront pas remboursés (art. 4 LVPC). Le montant net est partagé entre les collectivités concernées selon la clé de répartition fixée à l'art. 5 LVPC. L'OFJ élabore un projet de décision de partage qu'il soumet aux collectivités concernées afin qu'elles lui fassent part de leurs observations (art. 6, al. 4, LVPC). Il rend ensuite une décision définitive indiquant le montant revenant aux cantons concernés et à la Confédération (art. 6, al. 6, LVPC). La décision de partage est susceptible de recours auprès du Tribunal administratif fédéral (art. 7 LVPC).

Les fonds provenant d'un sharing national destinés à la Confédération sont versés dans la caisse de l'administration fédérale. La LVPC ne prévoit aucune affectation particulière pour les valeurs confisquées. Les collectivités concernées décident elles-mêmes de ce qu'il en advient.

Si vous avez des questions concrètes sur une procédure de sharing ou si vous désirez un complément d'informations, n'hésitez pas à contacter l'OFJ.

Vous trouverez en annexe à la présente circulaire un formulaire qui fournit des explications sur les frais déductibles.

Tout en vous remerciant de votre précieuse collaboration, nous vous prions d'agréer, Mesdames, Messieurs, nos salutations distinguées.



Laurence Fontana Jungo

Sous-directrice

Annexe ment.



Partage des valeurs patrimoniales confisquées conformément à la loi fédérale du 19 mars 2004 sur le partage des valeurs patrimoniales confisquées (LVPC)

Dans l'affaire (NOM, prénom) / notre référence / votre référence

1. Montant brut

avec indication de la devise

- Montant des valeurs patrimoniales confisquées dans le canton : _____

- Créance compensatrice : ☐ peut être encaissée à hauteur de : _____
☐ ne peut pas être encaissée. _____

2. Frais déductibles – frais irrécouvrables au sens de l'art. 4 LVPC

à indiquer en francs suisses

Remarque : les émoluments judiciaires ne sont *pas déductibles*. _____

a) Débours

Coûts des opérations effectuées pour les besoins de l'enquête (ministère public) _____

Frais de traduction et d'interprétation _____

Frais de comparution _____

Frais d'expertise _____

Frais d'exécution des commissions rogatoires _____

Frais de surveillance téléphonique _____

Indemnités des défenseurs d'office _____

Autres dépenses résultant de l'administration des preuves _____

etc. _____

..... _____

b) Frais de détention avant jugement

**c) Deux tiers des frais prévisibles d'exécution
des peines privatives de liberté prononcées sans sursis**

d) Frais de gestion des valeurs patrimoniales confisquées

**e) Frais de réalisation des valeurs patrimoniales
confisquées et d'encaissement des créances compensatrices**

f) Allocations dues aux lésés

3. Remarques :

Lieu / Date

Personne à contacter en cas de questions
(en majuscules, y compris numéro de téléphone)

Partage des valeurs patrimoniales confisquées conformément à la loi fédérale du 19 mars 2004 sur le partage des valeurs patrimoniales confisquées (LVPC)

Le **montant brut** des valeurs patrimoniales confisquées qui est indiqué correspond à la somme des valeurs patrimoniales confisquées qui reviennent à chaque canton et chaque autorité fédérale. Conformément à l'art. 3 LVPC, une procédure de partage est engagée si le montant brut des valeurs patrimoniales confisquées dans une ou plusieurs collectivités est égal ou supérieur à CHF 100 000.

Les émoluments judiciaires ne sont pas déductibles, conformément à l'art. 4 LVPC, car ils sont fixés de manière schématique en fonction de facteurs variant considérablement d'un canton à un autre (cf. message du 24 octobre 2001 concernant la LVPC ; FF 2002 444, ch. 2.2.1.2.2 ; ATF 135 IV 162).

Les **frais fixes**, tels que les salaires des policiers et les rémunérations des magistrats ayant participé à l'enquête qui a conduit à la confiscation, ne sont, eux non plus, pas déductibles, conformément à l'art. 4 LVPC (cf. message du 24 octobre 2001 concernant la LVPC ; FF 2002 444, ch. 2.2.1.2.2 ; ATF 135 IV 162).

Par **débours**, on entend notamment les frais de traduction et d'interprétation, de comparution, d'expertise, d'exécution des commissions rogatoires et de surveillance téléphonique, ainsi que les indemnités des défenseurs d'office et les autres dépenses résultant de l'administration des preuves (cf. art. 4 al. 1 let. a LVPC ; FF 2002 444, ch. 2.2.1.2.2)

Les **frais de détention avant jugement** comprennent les frais de la détention ordonnée au cours d'un procès pénal pour les besoins de l'instruction ou pour des motifs de sûreté, ainsi que ceux de la privation de liberté pendant la procédure d'extradition et du placement dans un hôpital ou un asile (cf. art. 4 al. 1 let. b LVPC ; FF 2002 444, ch. 2.2.1.2.2).

Deux tiers des frais prévisibles d'exécution des peines privatives de liberté prononcées sans sursis. Ne peuvent être déduits les frais d'exécution de la peine ordonnée à la suite de la révocation du sursis et les frais d'exécution des mesures (cf. art. 4 al. 1 let. c LVPC ; FF 2002 444, ch. 2.2.1.2.2).

Frais de gestion des valeurs patrimoniales confisquées : il s'agit, par exemple, des frais bancaires et des frais d'entretien d'un immeuble (cf. art. 4 al. 1 let. d LVPC ; FF 2002 445, ch. 2.2.1.2.2).

Frais de réalisation des valeurs patrimoniales confisquées et d'encaissement des créances compensatrices : ils comprennent les frais d'expertise (estimations), les frais de la vente aux enchères ou de gré à gré et les frais de poursuite pour dettes (cf. art. 4 al. 1 let. e LVPC ; FF 2002 445, ch. 2.2.1.2.2).

Les **allocations dues aux lésés** sont les valeurs patrimoniales qui sont allouées aux lésés en vertu de l'art. 73 CP (cf. art. 4 al. 2 LVPC ; FF 2002 445, ch. 2.2.1.2.3).



P.P. CH-3003 Berna

POST CH AG

UFG; bj-foj

Posta A

Alle autorità svizzere competenti in materia
sharing nazionale

Nostro riferimento : bj-foj

Berna, 9 dicembre 2020

Circolare n° 7: sharing nazionale

Gentili Signore e Signori,

L'Ufficio federale di giustizia (UFG) è responsabile della gestione delle procedure, nazionali e internazionali, di ripartizione dei beni patrimoniali confiscati in applicazione della legge federale del 19 marzo 2004 sulla ripartizione dei valori patrimoniali confiscati (LRVC, RS 312.4). Con la presente circolare, l'UFG informa in tale veste le competenti autorità cantionali e federali in merito alla base legale applicabile e alla procedura da seguire.

1. Premessa

L'obiettivo della LRVC è indennizzare equamente agli enti pubblici coinvolti nel procedimento penale le spese sostenute nel procedimento penale e nell'esecuzione delle pene. In questo modo si mira a raggiungere un equilibrio tra gli enti interessati evitando così conflitti di interesse.

Da un lato la LRVC costituisce la base legale per la ripartizione con gli Stati esteri dei beni confiscati (sharing internazionale) e dall'altro disciplina la ripartizione di questi beni tra i Cantoni e la Confederazione (sharing nazionale). Sono sottoposti allo sharing i beni patrimoniali confiscati quali beni illeciti in applicazione del diritto penale federale e i risarcimenti ordinati in sostituzione di tali valori. Anche gli oggetti, gli interessi e gli altri ricavi ottenuti dai valori patrimoniali dopo la decisione di sequestro fino a quella di ripartizione rientrano nella ripartizione.

I beni patrimoniali da ripartire nel caso dello sharing nazionale possono risultare sia da un precedente sharing internazionale, sia da una sentenza di confisca puramente svizzera senza alcun precedente collegamento con l'estero.

Ufficio federale di giustizia UFG
Laurence Fontana Jungo, avvocato
Bundesrain 20, 3003 Berna
Tel. +41 58 469 07 78, Fax +41 58 462 53 80
laurence.fontanajungo@bj.admin.ch
www.ufg.admin.ch



2. Informazione all'UFG

L'articolo 6 capoverso 1 LRVC prevede che le autorità cantonali o federali che hanno pronunciato la confisca comunichino all'UFG la decisione definitiva di confisca entro dieci giorni, a meno che l'importo dei valori patrimoniali confiscati sia manifestamente inferiore a 100 000 franchi. Se la confisca riguarda beni mobili o immobili, le competenti autorità cantonali o federali devono stimare il valore del bene sequestrato e sono dispensate dalla comunicazione della decisione di confisca qualora il ricavo lordo dei valori stimati è manifestamente inferiore a 100 000 franchi. In caso di dubbio, si raccomanda di sottoporre la decisione all'UFG.

Secondo l'articolo 6 capoverso 2 LRVC, l'ente pubblico che ha pronunciato la confisca deve comunicare all'UFG entro il termine fissato, di norma un mese dopo l'apertura della procedura di ripartizione, le informazioni necessarie per la decisione di ripartizione, ossia l'elenco delle spese che possono essere dedotte (art. 4 cpv. 1 LRVC), gli eventuali assegnamenti alla parte lesa (art. 4 cpv. 2 LRVC) e le informazioni sugli enti pubblici che verosimilmente hanno diritto a una parte dei valori patrimoniali confiscati (p. es. i Cantoni rei sitae, ossia i cantoni in cui erano situati i valori patrimoniali).

In un secondo momento i valori patrimoniali confiscati vanno consegnati all'UFG. Secondo l'articolo 6 capoverso 3 LRVC, l'Ufficio federale indica ai Cantoni come mettere a sua disposizione i valori patrimoniali confiscati. Di fatto, le istruzioni sul trasferimento di denaro sono riportate nella comunicazione con cui l'UFG notifica agli enti pubblici coinvolti l'apertura della procedura di ripartizione.

Per l'UFG è importante sapere se uno Stato estero ha fornito assistenza giudiziaria nel quadro della procedura penale o di confisca e se tale assistenza è stata determinante per la confisca disposta. Inoltre all'UFG va comunicato se l'autorità responsabile ha già affrontato il tema dello sharing con detto Stato.

È opportuno fornire tutte queste informazioni all'UFG già al momento della trasmissione della decisione.

3. Condizioni e svolgimento di uno sharing nazionale

La condizione per avviare una procedura nazionale di ripartizione è la confisca di beni patrimoniali da parte di un'autorità svizzera sulla base del diritto svizzero o da parte di un'autorità straniera sulla base del diritto estero. Secondo l'articolo 3 LRVC, si procede a uno sharing nazionale, senza un precedente sharing internazionale, se l'importo lordo dei valori patrimoniali confiscati è di almeno 100 000 franchi. Viceversa, se uno sharing nazionale ha luogo dopo una ripartizione internazionale, la LRVC non prevede alcun importo minimo. In questi casi si avvia una procedura nazionale di ripartizione anche per valori patrimoniali confiscati inferiori ai 100 000 franchi.

Una volta trasmessa la decisione di confisca o una volta concluso l'accordo per una ripartizione internazionale, l'UFG verifica i presupposti per una ripartizione nazionale. Notifica per iscritto alle autorità federali o ai Cantoni coinvolti l'apertura della procedura indicando loro di trasferire alla Confederazione i valori patrimoniali confiscati sempreché non siano già in possesso dell'UFG (art. 6 cpv. 3 LRVC). Nel contempo offre l'occasione ai Cantoni coinvolti di indicare le spese per il procedimento penale che ha condotto allo sharing (art. 4 LRVC). Secondo la LRVC queste spese possono essere dedotte se verosimilmente non saranno rimborsate. L'importo netto così calcolato è ripartito tra gli enti pubblici coinvolti secondo una precisa chiave di ripar-

tizione, così come previsto all'articolo 5 LRVC. Successivamente l'UFG redige una bozza di decisione di ripartizione che sottopone per parere agli enti pubblici coinvolti (art. 6 cpv. 4 LRVC). Infine emana la decisione definitiva di ripartizione che indica l'importo spettante ai Cantoni interessati e alla Confederazione (art. 6 cpv. 6 LRVC). La decisione definitiva è impugnabile mediante ricorso dinanzi al Tribunale amministrativo federale (art. 7 LRVC).

I valori patrimoniali provenienti dallo sharing nazionale e assegnati alla Confederazione confluiscono nella cassa federale. Poiché la LRVC non prevede esplicitamente alcuna destinazione vincolata di tali beni, gli enti pubblici ne dispongono liberamente.

Per ulteriori informazioni sia di carattere generale sia in relazione a una procedura concreta di ripartizione, potete rivolgervi all'UFG.

In allegato alla presente trovate un modulo che illustra in dettaglio le spese deducibili e che può essere di supporto.

Ringraziandovi del sostegno che avete fornito negli ultimi anni e della preziosa collaborazione, porgiamo distinti saluti



Laurence Fontana Jungo

Vicedirettrice

Allegato menzionato



Ripartizione di valori patrimoniali confiscati conformemente alla Legge federale del 19 marzo 2004 sulla ripartizione dei valori patrimoniali confiscati (LRVC)

Oggetto (COGNOME, nome) nostro riferimento / vostro riferimento

1. Importo lordo

incl. indicazione della valuta

- Importo dei valori patrimoniali confiscati nel Cantone

- Risarcimento: o ottenibile per l'ammontare di:
 o non ottenibile.

2. Spese deducibili – spese non rimborsabili conformemente all'art. 4 LRVC

da compilare in CHF:

Nota bene: le spese processuali *non* sono deducibili

a) Esborsi

Spese per atti istruttori (*pubblico ministero*)

Traduzione

Comparizione forzata

Perizia

Esecuzione di domande di assistenza giudiziaria

Sorveglianza telefonica

Indennità dei difensori d'ufficio

Altre spese inerenti all'assunzione delle prove

ecc.

.....

b) Carcerazione preventiva

c) Due terzi delle spese prevedibili per l'esecuzione della pena detentiva non sospesa condizionalmente

d) Gestione dei valori patrimoniali confiscati

e) Spese di realizzazione di beni confiscati o spese d'incasso delle pretese di risarcimento

f) Valori patrimoniali assegnati alla persona lesa

3. Osservazioni:

Luogo / data

Contatto per eventuali domande:
(in stampatello, incl. il numero di telefono)

Ripartizione di valori patrimoniali confiscati conformemente alla Legge federale del 19 marzo 2004 sulla ripartizione dei valori patrimoniali confiscati (LRVC)

L'importo lordo dei valori patrimoniali confiscati deve essere indicato come somma dei singoli valori patrimoniali confiscati per ogni Cantone o autorità federale. Conformemente all'articolo 3 LRVC la procedura di ripartizione è avviata se l'importo lordo dei valori patrimoniali confiscati in uno o più enti pubblici è di almeno CHF 100 000.

Conformemente all'articolo 4 LRVC **le spese processuali** non sono deducibili giacché sono stabilite in modo schematico e secondo criteri che divergono da Cantone a Cantone (cfr. messaggio del 24 ottobre 2001 concernente la LRVC, FF 2002 410, n. 2.2.1.2.2; DTF 135 IV 162).

Conformemente all'articolo 4 LRVC **le spese fisse**, come i salari degli agenti di polizia e dei pubblici ufficiali che hanno partecipato alla procedura di confisca, non sono deducibili (cfr. messaggio del 24 ottobre 2001 concernente la LRVC, FF 2002 410, n. 2.2.1.2.2; DTF 135 IV 162).

Gli esborsi sono segnatamente le spese di traduzione, di comparizione forzata, di perizia, d'esecuzione delle commissioni rogatorie, di sorveglianza telefonica nonché le indennità dei difensori d'ufficio e le altre spese inerenti all'assunzione delle prove (cfr. art. 4 cpv. 1 lett. a LRVC; FF 2002 410, n. 2.2.1.2.2).

Le spese per la carcerazione preventiva comprendono le spese per la carcerazione preventiva in senso stretto, la carcerazione di

sicurezza, la privazione della libertà durante la procedura d'estradizione e il collocamento in ospedale o in istituto per allestire una perizia (cfr. art. 4 cpv. 1 lett. b LRVC; FF 2002 410, n. 2.2.1.2.2).

Due terzi delle spese prevedibili per l'esecuzione della pena detentiva non sospesa condizionalmente. Non sono deducibili le spese sostenute in seguito alla revoca della sospensione condizionale della pena e neanche quelle per l'esecuzione delle misure (cfr. art. 4 cpv. 1 lett. c LRVC; FF 2002 411, n. 2.2.1.2.2).

Le spese di gestione dei valori patrimoniali confiscati, come per esempio le spese bancarie e le spese di manutenzione di un immobile, sono deducibili (cfr. art. 4 cpv. 1 lett. d LRVC; FF 2002 411, n. 2.2.1.2.2).

Le spese di realizzazione dei valori patrimoniali confiscati e d'incasso delle pretese di risarcimento comprendono ad per esempio le spese per la perizia di valutazione, le spese della vendita all'asta o della vendita a trattative private e le spese della procedura esecutiva (cfr. art. 4 cpv. 1 lett. e LRVC; FF 2002 411, n. 2.2.1.2.2).

Gli assegnamenti alla persona lesa sono i valori patrimoniali assegnati in applicazione dell'articolo 73 CP (cfr. art. 4 cpv. 2 LRVC; FF 2002 411, n. 2.2.1.2.2).